

Post entfernt Paketbriefkästen

Fast jeden Tag verschickt Buchhändler Urs Heinz Aerni Pakete an Kunden. Bisher konnte er sie jederzeit in den Paketbriefkästen bei seiner Poststelle 8047 in Zürich einwerfen. Als Gewerbetreibender musste er die Pakete nicht einmal wägen und frankieren. Es genügte das Aufkleben eines Barcodes. Den Rest erledigten Postmitarbeiter. Die Versandkosten wurden monatlich in Rechnung gestellt.

Seit kurzem ist die Klappe weg. Aerni: «Ich bin nun gezwungen, meine Pakete am Schalter aufzugeben, und stehe deswegen jedes Mal in der Warteschlange.» Er ist nicht allein mit seinem Ärger: Die Entfernung der Paketwurfklappe hatte auch für Annemarie Pfister aus Basel einschneidende Konsequenzen. Die Kleingewerbetreiblerin muss seit einiger Zeit oft bis zu 10 Minuten anstehen, bevor sie ihre frankier-

ten Pakete am Schalter abgeben kann.

Aerni hat nun genug vom ständigen Serviceabbau. «Die Post nützt ihr Monopol rücksichtslos aus», sagt er. Der Präsident der unabhängigen Kleinbuchhandlungen hat im Namen des Vereins bei der Post protestiert.

Nützen wird es wenig. Die Post beschloss schon vor längerer Zeit, alle Paketkästen in der Schweiz bei baulichen Veränderungen an den Poststellen zu eliminieren. Zurzeit existieren noch 47 Kästen. Post-Sprecher Bernhard Bürki begründet den Abbau damit, dass «Kunden beim Einwurf eines Paketes keine Quittung und Sendungsverfolgungs-Nummer erhalten würden». «Bei Beschädigung oder Verlust kann deshalb die Aufgabe des Paketes nicht nachgewiesen werden.»

Für Aerni eine Ausrede: «Dann müssten ja auch alle Briefe quittiert werden.» *dj*

Postfinance: Bis 66 P höhere Gebühren für

Die Postfinance erhöht die Gebühren fürs Postkonto. Die Kunden schröpft sie trotz riesigen Gewinnen.

Den Kunden teilte Postfinance Anfang November mit: «Wir vereinfachen per 1. März 2013 das Kontoangebot für Privatkunden.» Keine Freude an dieser «Vereinfachung» hat *saldo*-Leser und Postfinance-Kunde Manuel Schläpfer. Denn einfacher wird das Angebot für ihn nicht – aber teurer.

Neu soll er 60 Franken im Jahr für sein Postkonto bezahlen. Vorher lagen die Kosten für Inhaber eines Privatkontos bei 36, bei Inhabern eines Privatsets bei 48 Franken – ein Aufschlag von 66 beziehungsweise 25 Prozent.

Schläpfer ist Inhaber eines Privatsets bei der Postfinance. Dazu gehören ein Privatkonto und ein Sparkonto. Dies kostete ihn bisher jährliche Gebühren von 48 Franken, inklusive einer beliebigen Anzahl Zahlungsaufträge, Bareinzahlungen und des monatlichen Kontoauszugs. Nun schafft Postfinance die Sets ab. Für die gleiche Dienstleistung bezahlen die Kun-



Post-Privatkonto: Kostet neu 60 statt 36 Franken im Jahr

den neu 12 Franken mehr im Jahr.

Wer ein Privatkonto hatte, bezahlte bisher 36 Franken plus 1 Franken für den monatlichen Kontoauszug und 2 Franken für jeden Zahlungsauftrag.

Nur wer viel Geld auf dem Konto hat, muss keine Gebühren zahlen
E-Banking-Kunden zahlten bisher ebenfalls 36 Franken pro Jahr, ohne Zusatzkosten. Auch sie bittet Postfinance neu mit 60 Franken zur Kasse. Weiterhin von Kontoführungsgebühren befreit sind nur Kunden, die durchschnittlich mindestens 7500 Franken auf ihrem Konto haben.

Alex Josty, Sprecher bei Postfinance, rechtfertigt die happigen Aufschläge damit, dass die Kosten in den letzten Jahren zugenommen hätten. Er will aber nicht sagen, um welchen Betrag es sich angeblich handelt. Das verwundert nicht. Ein Blick

INITIATIVE «PRO SERVICE PUBLIC»

Unterschreiben Sie!

Mit der Volksinitiative «Pro Service public» wollen *saldo* und der «K-Tipp» dafür sorgen, dass Bundesbetriebe wie SBB, Post und Swisscom den Bürgern in erster Linie einen guten und bezahlbaren Service bieten.

Die Unterschriftenkarte finden Sie auf Seite 42. Weitere Unterschriftenbögen können Sie bestellen: «K-Tipp», «Pro Service public», Postfach 431,

8024 Zürich, oder Tel. 044 266 17 17. Die Bogen lassen sich auch unter www.proservicepublic.ch herunterladen («Unterschriftenbogen») anklicken und ausdrucken.

Wichtig: Auf einem Bogen dürfen sich nur Stimmberechtigte eintragen, die in derselben politischen Gemeinde stimmberechtigt sind. Senden Sie auch nicht voll ausgefüllte Listen ein!

FORUM

Finden Sie es in Ordnung, dass Postfinance trotz hoher Gewinne aufschlägt?

Schreiben Sie an: *saldo*, Postfach 723, 8024 Zürich, redaktion@saldo.ch. Oder diskutieren Sie im Internet unter www.saldo.ch.

rozent r das Konto



KEYSTONE

in den Geschäftsbericht zeigt: Insgesamt stiegen die Kommissions- und Dienstleistungserträge der Postfinance im 2011 um 34 Millionen Franken, während die Kosten um 33 Millionen Franken zurückgingen.

Für 2012 bereits wieder 499 Millionen Franken Gewinn

Postfinance schreibt seit Jahren riesige Gewinne. Der gesamte Unternehmensgewinn der letzten fünf Jahre beträgt 2,176 Milliarden Franken. Und in den ersten neun Monaten dieses Jahres verbuchte sie bereits wieder einen Gewinn von 499 Millionen

Franken – 50,5 Millionen Franken mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Doch die Gewinnsucht der Post ist unersättlich: Insgesamt führt sie 4,5 Millionen Kundenkonten. Auf wie vielen Privatkonten im Durchschnitt weniger als 7500 Franken liegen, gibt Postfinance nicht bekannt. Folgende konservative Rechnung zeigt aber: Selbst wenn bloss 20 Prozent der Konten von den angekündigten Aufschlägen betroffen wären, spülten diese weitere 15 Millionen Franken in die Post-Kasse. Bundesrat und Parlament schauen zu.

Jonas Arnold

SBB: Preise steigen mehr als angegeben

Die SBB schlagen wieder auf – im Durchschnitt um 5,2 Prozent. Dies, obwohl Bahnkunden unter dem ständigen Komfortabbau leiden.

Die Teuerung war in den letzten zwölf Monaten rückläufig: Aktuell liegt sie bei minus 0,2 Prozent. Dennoch erhöhen die SBB auch in diesem Jahr wieder die Billettpreise. Im Durchschnitt steigen die Tarife am 9. Dezember um 5,2 Prozent. Begründet wird der Schritt mit dem «laufend verbesserten Angebot». Davon merken die Kunden nichts. Für Bahnbenützer, die im Zug stehen müssen und unter dem stetigen Komfortabbau der SBB leiden, klingt das wie Hohn.

Der Durchschnittswert von 5,2 Prozent verschleiert,

dass manche Erhöhungen viel happiger ausfallen: Alle Halbtax-Varianten werden deutlich teurer. Am geringsten fällt der Aufschlag mit 6,1 Prozent noch beim 1-Jahres-Halbtax aus (neu 175 Franken), mit 12,5 Prozent am höchsten bei der 3-Jahres-Variante (neu 450 Franken). Viel tiefer in die Tasche greifen müssen auch Besitzer von Generalabos 1. Klasse: Erwachsene etwa zahlen 8,4, Junioren 7,7 Prozent mehr. In der 2. Klasse beträgt die Steigerung dieser beiden GA-Kategorien 6 und 5,4 Prozent.

Tiefere Preise sichern und Billette auf Vorrat kaufen

Tageskarten 1. Klasse werden um 8 Prozent, solche der 2. Klasse um 4,4 Prozent teurer. Auch Normalbillette schlagen um 3 Prozent (2. Klasse) respektive 6,5 Prozent (1. Klasse) auf. Seit 1999 wurden Streckentickets in der 1. Klasse im Durch-

schnitt einen Drittel teurer, in der 2. Klasse um einen Viertel. Zum Vergleich: Die Teuerung betrug im gleichen Zeitraum 11,2 Prozent.

Bahnkunden, die vor der Preiserhöhung am 9. Dezember auf Vorrat einkaufen, können sich die heute noch tieferen Preise sichern. Einzel-Tageskarten sind ab Kaufdatum ein Jahr, im 6er-Pack (Multitageskarten) sogar drei Jahre gültig. Ebenfalls drei Jahre Gültigkeit haben Mehrfahrtenkarten für eine bestimmte Strecke. Wer bald 25 Jahre alt wird, kann noch vor der Erhöhung ein neues GA lösen: Vor dem 25. Geburtstag wird ihm der Junior-Tarif berechnet. Zudem kommt noch der bisherige günstigere Preis zur Anwendung. Den Betrag für die restliche Gültigkeitsdauer des bisherigen GA kann man sich rückerstatten lassen – allerdings nach Abzug eines Selbstbehalts.

Thomas Lattmann

SBB: Die Preisaufschläge seit 1999

	Preis ab 1.1.1999	Preis heute	Preis ab 9.12.2012	Aufschlag seit 1.1.1999
1. Klasse				
Generalabo für Erwachsene	4400.–	5350.–	5800.–	31,8 %
Generalabo für Senioren	3150.–	4200.–	4500.–	42,9 %
2. Klasse				
Generalabo für Erwachsene	2800.–	3350.–	3550.–	26,8 %
Generalabo für Senioren	1990.–	2550.–	2680.–	34,7 %
Halbtaxabos				
1 Jahr	150.–	165.–	175.–	16,7 %
2 Jahre	222.–	300.–	330.–	48,6 %
3 Jahre	- ¹	400.–	450.–	-

¹ Noch nicht im Sortiment. Zum Vergleich: allgemeine Teuerung betrug seit 1.1.1999 11,2 Prozent